

Rechtsticker Nahverkehr

+++aktuelle Urteile+++neue Vorschriften+++Vergaben+++

OLG Düsseldorf legt dem EuGH drei ÖPNV-Direktvergaben vor

Am 03.05.2017 (VII-Verg 17/16, VII-Verg 18/16, VII-Verg 51/16) hat das OLG Düsseldorf dem EuGH die Direktvergaben an die kommunale Verkehrsunternehmen des Kreis Heinsberg, Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis und die Großstadt Leverkusen vorgelegt. Das Vorlageverfahren wird grundsätzliche Fragen der Direktvergabe von ÖPNV-Leistungen klären:

- Ist eine Direktvergabe zulässig, wenn keine Dienstleistungskonzession vorliegt? Wenn ja, richtet sich die Direktvergabe nach den Regelungen der VO (EG) 1370/2007 oder nach den Grundsätzen der Inhouse-Vergabe?
- Darf ein Aufgabenträger eine Direktvergabe durchführen, obwohl er die Tarifkompetenz an einen Zweckverband übertragen hat?
- Besteht bei einer Gruppe von Behörden noch die erforderliche Kontrolle der Aufgabenträger, wenn jeder Gesellschafter über die Vergabe seiner Verkehre allein entscheiden kann?
- Gilt das Verbot der Teilnahme an auswärtigen Wettbewerben nach Art. 5 Abs. 2 lit. b) VO 1370/2007 auch dann, wenn der auswärtige Auftrag im Wege der Direkt- oder Notvergabe vergeben wird?
- Müssen die Voraussetzungen für eine Direktvergabe bereits zum Zeitpunkt der Vergabebekanntmachung oder erst bei der Vergabe des Auftrags vorliegen?
- Darf ein Betreiber die Selbsterbringungsquote durch eine 100%ige Tochtergesellschaft erbringen?

SektVO: Im Verhandlungsverfahren sind Vergabeunterlagen vollständig mit der Bekanntmachung zu veröffentlichen

Mit Urteil vom 13.03.2017 (Verg 15/16) konkretisierte das OLG München die Anforderungen an Vergaben nach der neuen SektVO. Das Gericht stellte fest, dass auch bei Ver-



Dr. Ute Jasper



Dr. Laurence Westen



Rebecca Dreps

HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK
Düsseldorf

handlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach der SektVO, die Vergabeunterlagen vollständig mit der Bekanntmachung zur Verfügung zu stellen sind. Dies gelte jedenfalls für Unterlagen, die zum Zeitpunkt der Auftragsbekanntmachung in finalisierter Form vorliegen können. Weiterhin

äußerte sich das OLG zur Zulässigkeit der Beschränkung des Bewerberkreises im Teilnahmewettbewerb. Will der Auftraggeber die Zahl der Bewerber für die Angebotsabgabe begrenzen, muss er in der Bekanntmachung darlegen, welche Kriterien er dafür anlegt, wie er diese bewertet und im Verhältnis zueinander gewichtet. Das OLG urteilte außerdem, dass auch Planungsleistungen, die nur mittelbar der Sektorentätigkeit dienen nach der SektVO auszuschreiben sind. Für die Berechnung des Auftragswerts dürfe der Auftraggeber nicht auf die Leistungsbilder der HOAI abstellen, sondern müsse den Wert aller Lose zusammenrechnen, die funktional und wirtschaftlich miteinander zusammenhängen.

Städtetag fordert verstärkte ÖPNV-Förderung und Nahverkehrsabgabe

Der Deutsche Städtetag befürchtet, dass Städte aufgrund von Gerichtsurteilen zukünftig Fahrverbote für Dieselfahrzeuge verhängen müssen. Auf dem Städtetag am 25.04.2017 forderte das Präsidium daher Maßnahmen, um die Folgen solcher Verbote abzufedern. Mit einer „blauen Plakette“ für schadstoffärmere Dieselfahrzeuge sollen Ausnahmen von Fahrverboten ermöglicht werden. Insbesondere sollen aber Bund und Länder den Aufgabenträgern mehr Förderungen gewähren, um Dieselfahrzeuge im ÖPNV auf alternative Elektro-, Gas-, Wasserstoff- oder Hybridantriebe umzurüsten oder neue Fahrzeuge zu beschaffen. Außerdem sollen die Rechtsgrundlagen für finanzielle Steuerungsinstrumente, wie z.B. eine eine Nahverkehrsabgabe geschaffen werden. Die Städte müssten erproben können, ob durch diese Maßnahmen die Verkehrsmenge reduziert, der Verkehr effektiv gelenkt und die Luftqualität verbessert werden kann.